

Mitteldeutsche Zeitung

Weißenfels - 15.05.2014

MZ-Wahlforum in Weißenfels

Für mehr Abstimmung



Den Fragen von MZ-Lokalchef Birger Zentner (im Podium in der Mitte) und der Bürger stellten sich sechs Landratskandidaten: Günther Weiße, Manuela Hartung, Götz Ulrich, Jochen Dreetz, Ruth Müller und André Poggenburg (von links). (BILD: PETER LISKER)

VON HEIKE RIEDEL

Sechs Kandidaten für das Landratsamt geben im MZ-Forum im Kulturhaus Weißenfels Auskunft über ihre politischen Ziele und helfen Wählerinnen und Wählern so bei ihrer Wahlentscheidung. Neben der Braunkohle war auch der Hochwasserschutz ein wichtiges Thema.

WEISSENFELS/MZ. „Braunkohle und Tagebaue werden noch Jahrzehnte zum Burgenlandkreis gehören.“ „Nein, ihre Zeit ist längst vorüber.“ Zwischen diesen beiden Meinungen von **Götz Ulrich** (CDU) und **Jochen Dreetz** (Bündnis 90/Die Grünen) bewegte sich das Spannungsfeld zum Thema Kohle während des Wahlforums unserer Zeitung. Am Mittwochabend hatte die MZ dazu ins Kulturhaus Weißenfels eingeladen, um den Bürgern bei ihrer Wahlentscheidung am 25. Mai zu helfen. Den Fragen von Lokalredaktionschef Birger Zentner stellten sich dort außer den beiden genannten als weitere Kandidaten für das Amt des Landrats Manuela Hartung (SPD, unterstützt von den Linken), André Poggenburg (Alternative für

Deutschland), Günther Weiße (Freie Wähler Burgenlandkreis) sowie Ruth Müller (parteilos, Einzelbewerberin).

Nicht an Bürgern vorbei

Ulrich stellte sich klar hinter den von ihm als Kreistagsmitglied mitgefassten Beschluss pro Kohle und Tagebauerweiterung im Falle des Baus eines neuen Kraftwerks. Wie er sahen auch **Hartung** und **Weiße** die Zeit noch nicht reif dafür, bei der Energiegewinnung auf die Kohle verzichten zu können. Sie sprachen sich aus für die Nutzung der einheimischen Braunkohle im Mix mit erneuerbaren Energien. Dabei betonte Hartung, dass aber ein Ausgleich zwischen den Interessen des Kohleunternehmens und der Bürger erfolgen müsse. Weiße verwies darauf, dass Energiepolitik nicht auf Landkreisebene entschieden werde, doch gehört für ihn die Braunkohle zum Burgenlandkreis „wie die Burgen und der Wein“.

Es braucht und darf nicht weiter Braunkohle verstromt werden, weil es die umweltunfreundlichste Variante der Energieerzeugung sei, war die Position von **Dreetz**. Dem damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen stellte er viele mögliche Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entgegen. **Poggenburg** anerkannte als Problem beim Wegfall der Braunkohleförderung die Arbeitsplätze, „den sozialen Faktor“, will die Kohle auf alle Fälle aber nicht mehr für die Energiegewinnung, höchstens anders verwertet. Er stellte die Interessen der Bürger vornan und lehnte eine Tagebauerweiterung gegen deren Widerstand ab.

Um die 2 000 Arbeitsplätze der Mibrag wäre es **Müller** zwar schade, doch es müsse mal aufhören mit der Kohle, es dürften Menschen nicht weiter dafür ihre Heimat verlieren. Dass in der Energiepolitik etwas schief laufe, maß sie daran, dass Leute im Sommer sogar heizten. „Der Preis ist noch zu niedrig“, sagte sie.

Lehren aus Hochwasser

Auf die Frage, was nach dem Hochwasser des Vorjahres und zur Vermeidung weiterer Hochwasser zu tun sei, berichtete **Müller** von ihren Erfahrungen auf dem eigenen Grundstück an der Saale in Bad Kösen, davon, dass sie Unterstützung von der Stadt Naumburg bekommen habe und aus eigenem Erleben wisse, dass es noch schlimmer sei, wenn Feuer komme.

Poggenburg und **Dreetz** setzten ihren Schwerpunkt darauf, dass nicht so stark in die Natur eingegriffen werden dürfe. „Flüsse brauchen Raum“, so **Poggenburg**. Und weiter: Viele Probleme seien selbstgemachte, man solle denen, die Erfahrungen mit dem Wasser haben, mehr zuhören. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass noch mehr gebaut wird in hochwassergefährdeten Gebieten“, so **Dreetz**. Es werde eine viel bessere Abstimmung zwischen Verantwortlichen gebraucht, ist seine Meinung.

Gesamtgesellschaftlich müsse man sich dem Problem der Talsperren stellen, die heute drei Funktionen genügen sollen, dem Hochwasserschutz, der Stromerzeugung und dem Tourismus, so äußerte sich **Weiß**. Für ihn haben am Ende Menschen in deren Bewertung falsche Entscheidungen getroffen. Dass es jetzt Schwierigkeiten bei der Auszahlung der zugesagten Hilfen an die Hochwasseropfer gibt, darin sah **Weiß** ein typisches Problem der deutschen Bürokratie.

Worauf sie den Schwerpunkt legen würde, leitete **Hartung** aus ihrer Kritik als Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeiter Forst am Hochwassermanagement des letzten Jahres ab: Länderübergreifend müsse besser zusammengearbeitet, über den Umgang miteinander und Organisationsformen im Landkreis nachgedacht werden. Der Hochwasserschutz dürfe an den Talsperren nicht in den Hintergrund treten und die Gewässer müssten besser beräumt werden. „Wir müssen jetzt nach und nach die Schäden abarbeiten“, sagt **Ulrich**. Städte, Gemeinden und private Geschädigte sollten Hilfe vom Landrat erhalten, damit das Geld ausgezahlt wird. An der Talsperrenorganisation müsse etwas verändert werden und weitere bauliche Schutzmaßnahmen sollten geprüft werden.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Der Arbeitslosigkeit entgegenwirken will **Dreetz**, indem Geld, das über Jobcenter und Arbeitsagentur ausgegeben wird, für die Betreibung von kommunalen Gesellschaften eingesetzt wird, die Arbeitsplätze schaffen. Denn: „Was die Wirtschaft hier in 25 Jahren nicht geschafft hat, wird sie auch jetzt nicht mehr schaffen.“ Auf mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse legte auch **Weiß** großen Wert. Applaus von **Poggenburg** erntete **Ulrich** für seinen Vorschlag, dem Jobcenter einen Unternehmerbeirat zur Seite zu stellen. Der junge Alternative sah sich als Sprecher für die Förderung des Mittelstandes, warb auch ein Sorgentelefon für dessen Kontakt zur Kreisverwaltung ein. **Ulrich** und **Hartung** wollen die Arbeit des Jobcenters als Eigenbetrieb des Landkreises weiter verbessern und Qualifizierungsmaßnahmen auf den Prüfstand stellen. Die dürften nicht am Bedarf vorbei erfolgen, so **Hartung**, sollten an der Erfolgsquote gemessen werden, so **Ulrich**.

Müller sprach sich gänzlich gegen Hartz IV aus. Die Menschen müssten allein auf die Beine kommen, es gebe genug zu tun - zum Beispiel in der Altenpflege. Unterstützt werden dürften allein die Arbeitsunfähigen. „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“, sagte sie. Und als später Bürgerfragen beantwortet wurden, fand sie noch

ein Beschäftigungsfeld. „Die vielen Arbeitslosen könnten eingesetzt werden, um die Leitungen (für den Energietransport - d.Red.) in die Erde zu verlegen.“ Deutlich reagierte das Publikum: „Machen wir also wieder Arbeitslager auf.“

Artikel URL: <http://www.mz-web.de/weissenfels/mz-wahlforum-in-weissenfels-fuer-mehr-abstimmung,20641108,27141028.html>

(Copyright © Mitteldeutsche Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des MDVH)